

Protokollauszug

aus der
16. öffentliche/nicht öffentliche Sitzung der Stadtverordnetenversamm-
lung der Landeshauptstadt Potsdam
vom 03.03.2010

öffentlich

**Top 7.6 Abschaffung der Stellplatzsatzung
09/SVV/1042
geändert beschlossen**

Der Ausschuss für Stadtplanung und Bauen hat folgendem geänderten Beschlussvorschlag einstimmig zugestimmt:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, die Stellplatzsatzung zu überarbeiten ~~oder abzuschaffen~~. Das Ziel einer Überarbeitung muss eine größere Passgenauigkeit auf tatsächliche Bedarfe sein.

Änderungsantrag:

Die Stadtverordnete Laabs bringt namens der Gruppe Die Andere einen geänderter Beschluss-text mit folgendem Wortlaut ein:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, die Stellplatzsatzung so zu überarbeiten, dass auch Fahr-radstellplätze nachgewiesen werden können.

Der Stadtverordnetenversammlung ist bis zum Mai 2010 ein Beschlussvorschlag vorzulegen.

Auf Nachfrage des Stadtverordneten Naber, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, informiert der Bei-geordnete für Stadtentwicklung und Bauen Herr Klipp über die Regelung in der gültigen Fassung der Stellplatzsatzung der Landeshauptstadt Potsdam, dass bei Bauvorhaben eine genügende Anzahl von Fahrradabstellplätzen herzustellen sei. Die Vorzugsvariante für die Änderung der Stellplatzsatzung, die von der Verwaltung im Ausschuss für Stadtplanung und Bauen vorgestellt worden sei, sah die Abschaffung der Stellplatzverpflichtung für Kfz - bei Aufrechterhaltung der Stellplatzverpflichtung für Fahrräder - vor. Dieser Vorzugsvariante sei der Ausschuss für Stadt-planung und Bauen nicht gefolgt. Der Oberbürgermeister werde eine überarbeitete Variante in die Stadtverordnetenversammlung einbringen, in der die Verpflichtung zur Herstellung von Fahr-radstellplätzen enthalten sein wird.

Aufgrund der Ausführungen des Beigeordneten für Stadtentwicklung und Bauen Herrn Klipp wird der Änderungsantrag von der Antragstellerin **zurückgezogen**.

Nach 3 Diskussionsrednern stellt der Stadtverordnete Rietz, Fraktion CDU/ANW, den **Geschäfts-ordnungsantrag**, die Debatte zu beenden. Nach dem alle Fraktionen die Möglichkeit zur Mei-nungsäußerung erhalten haben, wird dieser Geschäftsordnungsantrag mit Stimmenmehrheit **an-genommen**.

Der vom Ausschuss für Stadtplanung und Bauen empfohlene Beschlusstext wird anschließend zur Abstimmung gestellt.

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, die Stellplatzsatzung zu überarbeiten. Das Ziel einer Überarbeitung muss eine größere Passgenauigkeit auf tatsächliche Bedarfe sein.

Abstimmungsergebnis:

mit Stimmenmehrheit **angenommen**,

bei einigen Stimmenthaltungen.